Älter werden wird zur kommunalen Zukunftsaufgabe

12.05.2026, 10:36 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *idw - Informationsdienst Wissenschaft*



Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen stehen durch den demografischen Wandel vor langfristigen Aufgaben. Wie groß der Handlungsdruck in den kommenden Jahren wird, zeigt die neue Ausgabe von „Forschung aktuell“ des Instituts Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen. Unter dem Titel „Älter werden in Nordrhein-Westfalen – Demografischer Wandel als kommunale Zukunftsaufgabe“ untersuchen Elke Dahlbeck vom IAT sowie Kerstin Jochimsen, Carolin Krüger-Willim und Anne Sabine Meise von der NRW.BANK, welche Folgen die Alterung der Gesellschaft für Wohnen, Daseinsvorsorge und kommunale Planung hat. „Der demografische Wandel ist keine abstrakte Zukunftsfrage mehr. Er wird in den Kommunen sehr konkret: beim Wohnen, bei der gesundheitlichen Versorgung, bei der Pflege und bei der Frage, wie ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können“, sagt Elke Dahlbeck, Wissenschaftlerin im

Forschungsschwerpunkt Raumkapital des IAT. „Dafür braucht es frühzeitig abgestimmte Strategien, die Wohnen, Stadtentwicklung, Gesundheit, Altenhilfe und soziale Infrastruktur gemeinsam betrachten."

Viele Kommunen stehen vor wachsendem Handlungsdruck

Ausgangspunkt der Analyse ist die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung für Nordrhein-Westfalen. Demnach wird die Einwohnerzahl des Landes bis 2050 um -2,8 Prozent auf 17,5 Millionen Menschen zurückgehen. Insbesondere das Verhältnis der hochaltrigen Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, verändert sich: Während im Jahr 2025 noch 9,1 Menschen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person über 80 Jahre kommen, sinkt dieser Wert bis 2050 auf 5,7.

Die Entwicklung trifft die NRW-Kommunen unterschiedlich stark. Zwar steigt der Handlungsbedarf grundsätzlich im ganzen Land, besonders betroffen sind aber kleinere und ländlichere Städte und Gemeinden. In 331 der 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens wird für 2050 eine überdurchschnittlich hohe Altersquote bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Zahl erwerbsfähiger Menschen je Person über 80 Jahre erwartet. 152 Kommunen weisen dabei stark überdurchschnittliche Ausprägungen beider Indikatoren auf.

670.000 neue barrierefreie oder umgebaute Wohnungen bis 2040 nötig

Ein zentrales Handlungsfeld ist der Wohnungsmarkt. Bereits 2022 lebten in rund einem Viertel der Haushalte in Nordrhein-Westfalen ausschließlich Seniorinnen und Senioren. Viele von ihnen wohnen seit Jahrzehnten in derselben Wohnung oder im eigenen Haus. Diese Wohnstabilität bedeutet häufig günstige Bestandsmieten, erschwert aber zugleich den Wechsel in eine barrierearme oder barrierefreie Wohnung.

Nach den ausgewerteten Daten wohnen geschätzt nur rund drei Prozent der Haushalte in Nordrhein-Westfalen vollständig barrierereduziert. Gleichzeitig war 2024 nur jedes 17. Mietangebot als barrierearm oder barrierefrei gekennzeichnet. Wer im Alter umziehen muss oder möchte, trifft daher auf ein kleines und vergleichsweise teures Marktsegment. Die Autorinnen verweisen darauf, dass gemäß Prognose des GEWOS-Instituts bis 2040 mehr als 670.000 neue barrierefreie Wohnungen oder entsprechend umgebaute Bestandswohnungen erforderlich wären, um bestehende und zusätzliche Bedarfe zu decken.

„Die Wohnungsfrage im Alter ist nicht allein eine Frage des Neubaus. Entscheidend ist auch, wie Bestände und Quartiere angepasst und bezahlbare Angebote geschaffen werden können – z.B. durch die öffentliche Wohnraumförderung des Landes", sagt Carolin Krüger-Willim, Leiterin der Wohnungsmarktbeobachtung bei der NRW.BANK. „Die Daten zeigen, dass viele ältere Menschen heute in günstigen, aber nicht altersgerechten Wohnverhältnissen leben. Ein Umzug in eine passende Wohnung ist deshalb oft nicht nur eine Frage der Verfügbarkeit, sondern auch der finanziellen Belastbarkeit."

Daseinsvorsorge muss im Wohnumfeld erreichbar bleiben

Neben dem Wohnen rückt die Untersuchung auch Angebote der Daseinsvorsorge in den Blick. Dazu gehören unter anderem hausärztliche Praxen, Apotheken, Lebensmitteleinzelhandel und weitere gesundheits- oder alltagsbezogene Dienstleistungen. Die Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte ist in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens zwischen 2002 und 2021 zurückgegangen. Auch die Zahl der Apotheken sank im selben Zeitraum deutlich.

Problematisch ist diese Entwicklung vor allem dort, wo Bevölkerungsrückgang, Alterung und größere Entfernungen zu Versorgungsangeboten zusammenkommen. In fast der Hälfte der hausärztlichen Versorgungsbereiche in Nordrhein-Westfalen finden sich eine drohende oder bereits bestehende Unterversorgung. Besonders in peripheren Räumen sind die Wege zur nächsten hausärztlichen Praxis, Apotheke oder zum nächsten Supermarkt länger als in städtischen Räumen.

Integriertes Handeln wird zur kommunalen Aufgabe

Die Autorinnen sehen die Kommunen deshalb in einer koordinierenden Rolle. Altersgerechte Stadtentwicklung müsse nicht nur barrierefreien Wohnraum ermöglichen, sondern auch Wohnumfelder schaffen, in denen Versorgung, Mobilität,

soziale Teilhabe und Unterstützung im Alltag erreichbar bleiben. Dafür brauche es integrierte Konzepte, die unterschiedliche Fachbereiche der Verwaltung und externe Akteurinnen und Akteure wie Wohnungswirtschaft, Sozialträger und Gesundheitsversorgung zusammenbringen.

Die Publikation „Älter werden in Nordrhein-Westfalen – Demografischer Wandel als kommunale Zukunftsaufgabe“ ist als Ausgabe 05/2026 der Reihe „Forschung aktuell“ erschienen. Autorinnen sind Elke Dahlbeck, Kerstin Jochimsen, Carolin Krüger-Willim und Anne Sabine Meise.

wissenschaftliche Ansprechpartner:
Elke Dahlbeck, Durchwahl 0209/1707-331,

Originalpublikation:
Dahlbeck, E., Jochimsen, K., Krüger-Willim, C. & Meise, A. S. Älter werden in Nordrhein-Westfalen – Demografischer Wandel als kommunale Zukunftsaufgabe. Forschung aktuell, 05/2026. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen. https://doi.org/10.53190/fa/202605

Institut Arbeit und Technik

MarcoBaron (Mitarbeiter in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

+49 (0) 209.17 07 – 627

baron@iat.eu

News-ID: 1311775 • Views: 271 (Stand: 03.11.2026)

Link zur Pressemitteilung:
https://www.openpr.de/news/1311775/Aelter-werden-wird-zur-kommunalen-Zukunftsaufgabe-idw.html